

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. W. W. ...
Verlagsdruckerei ...
Königsplatz ...
Telefon ...

Angabe der Reichspost: Durch unsern Boten frei im Reich monatlich 2.00 Mark. Bei den Reichsposten abgeholt monatlich 1.50 Mark. Bei den Postämtern abgeholt monatlich 1.00 Mark. Bei den Postämtern abgeholt monatlich 1.00 Mark. Bei den Postämtern abgeholt monatlich 1.00 Mark. ...

Nr. 108. Mittwoch, den 11. Mai 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Das neue Reichskabinett ist mit Dr. Wirth als Reichskanzler aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten gebildet worden.

Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichskanzler Lehndorff ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm für seine dem Vaterland in schwerer Zeit geleisteten Dienste seinen Dank ausspricht.

Die neue deutsche Regierung überlieferte vergangene Nacht Lord George eine Note, in der die Annahme des Reparations-Ultimatums erklärt wird.

Der Reichstag nahm gestern Abend die Erklärung des neuen Kabinetts entgegen, worauf das Entente-Ultimatum mit 221 gegen 175 Stimmen angenommen wurde.

Gestern Vormittag 10 Uhr trat die Roterhebung an den Rheinübergängen in Kraft.

Die Chicago Tribune berichtet aus London: Die Lösung der oberschlesischen Frage ist bis zur nächsten Sitzung des Obersten Rates aufgeschoben worden, deren Zeit und Ort noch unbestimmt ist.

Die nächsten Aufgaben der Oppelner Ententekommission.

Der Ausschuss für die Entente in Paris hat sich in diesem Augenblick mit der Verantwortung der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens nicht befassen wollen. Er hat den Bericht der Interalliierten Kommission in Opatowitz an diese zurückverlesen, damit die Kommission zu der Entscheidung kommt, zu der der Ausschuss nicht kommen konnte. Die Verantwortung der Interalliierten Kommission ist dadurch erneut erwachsen, und es fragt sich nun, wie weit sich die Vertreter Englands und Italiens, der Oberste Percival und der General de Marinis gegenüber dem Präsidenten Veron durchzusetzen vermögen, der, wie ja zur Genüge bekannt ist, die Korantischen Forderungen unterstützt und den Polen die Hilfe zuerkennen will, die die Aufständischen jetzt besetzt halten. Es wäre ja für die Interalliierte Kommission zweifellos das bequemste, wenn den politischen Aufständischen das von ihnen jetzt besetzte Land einfach aberkannt würde. Sie hat aber ihr feierliches Wort gegeben, daß keine Entscheidung auf Grund des jetzigen Zustandes gefällt werden sollte, sondern daß das Abstimmungsresultat und die Bestimmungen des Friedensvertrages für die Entscheidung allein maßgebend sein solle. In diesem Stadium müssen wir erneut die Forderung nach einem ungeteilten Oberschlesien erheben, denn die Mehrheit der Bevölkerung hat sich für Deutschland entschieden und eine Abtrennung von Polen und Tschechien, die anscheinend in den englischen und italienischen Berichten vorge schlagen wird, wäre das größte Unglück für ganz Oberschlesien und in erster Linie für Polen und Tschechien selbst. Bevor die Entscheidung über gefällt wird, hat die Interalliierte Kommission in Opatowitz noch Aufgaben zu erfüllen, die jetzt dringender sind als diese Entscheidung und die nächste Aufgabe liegt darin, in ganz Oberschlesien den gesetzmäßigen Zustand, den Zustand völliger Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Die Ententekommission hat den Vertretern der deutschen Parteien in Opatowitz mitgeteilt, daß sie Truppenverpflichtungen beim Ausschuss beantragt habe. Die Interalliierte Kommission kennt die Notwendigkeiten der Lage, und wir werden nun abwarten, ob der Oberste Rat sich diesen Notwendigkeiten verschließt, oder ob er der Forderung seiner Vertreter in Opatowitz Rechnung trägt. Korant hat selbst erklärt, daß er Truppenverpflichtungen zu fürchten habe, und besonders unangenehm wären ihm natürlich englische Truppen, da er ihre Unparteilichkeit fürchten muß. Die Gefahr der Unparteilichkeit besteht für ihn den französischen Truppen gegenüber nicht, wie das Verhalten der französischen Truppen bisher ja bewiesen hat. Wir wissen, daß die Entscheidung über Oberschlesien bald gefällt werden muß, damit das unglückliche Land nun endlich die Ruhe bekommt, die es dringend braucht. Dieser Entscheidung muß aber die andere Aufgabe der Interalliierten Kommission vorausgehen, nämlich die, mit allen Mitteln die Aufständischen niederzuschlagen, denn sonst hat die Entscheidung, wie sie auch ausfallen mag, nicht den allgeringsten Wert.

Ein offener Versuch in der Interalliierten Kommission.

In der Interalliierten Kommission in Opatowitz ist es zu einem offenen Bruch gekommen, die italienischen und englischen Mitglieder haben den französischen in schroffer Ablehnung gegenüber, weil sie diesen vorwerfen, daß sie angesichts der Lage in Oberschlesien versuchen, die Abstimmung hinauszuziehen. Die Differenzen haben sich sogar zu solchen rein persönlichen Worten entwickelt, und es hat heftige Einzelaussprachen zwischen den Mitgliedern der Kommission gegeben. Der polnische italienische Bevollmächtigte, der bekannte Universitätsprofessor Pallaghi, hat sein Amt niedergelegt und ist abgegangen.

Leit, dergleichen haben zwei englische und ein italienisches Revisionskontrollen zur Enthebung von ihren Posten gebeten.

Die Lage in Oberschlesien.

Der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Kandrzin ist in die Hand der Polen gefallen, wodurch der Verkehr zwischen Opatowitz und dem Industriegebiete unmöglich geworden ist. Der Straßenbahnverkehr zwischen Beuthen und Kattowitz ist wieder aufgenommen worden, doch wird er von den Aufständischen erschwert, die von den Reisenden Pässe verlangen. Es bestätigt sich, daß in einer Anzahl von Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen worden ist. Da sich aber die Bergwerksteilungen in der Hand der Aufständischen befinden, die

Die neue Regierung: Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten.

Der neue Reichskanzler Dr. Wirth begründet im Reichstage die Unterschrift des Ultimatums.

Das neue Reichsministerium.

Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Wirth unter Ernennung zum Reichskanzler mit der Bildung des Kabinetts beauftragt und nach dessen Vorschlag folgende Reichsminister ernannt:
Reichsfinanzminister und Vizekanzler Bauer,
Inneres Dr. Gradnauer,
Wirtschaft Robert Schmidt,
Justiz Dr. Schiffer,
Justiz Dr. Gehler,
Post Giesberts,
Verkehr Gröner,
Arbeit Dr. Brauns,
Ernährung Dr. Hermes,
Wehrwesen mit einseitiger Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt Dr. Wirth,
Finanzen und Wiederaufbau noch unbesetzt.

Der neue Reichskanzler Dr. Wirth ist 1879 in Freiburg i. Br. geboren und hat in seiner Vaterstadt Mathematik, Naturwissenschaften und Nationalökonomie studiert. Er wurde 1908 Professor am Realgymnasium in Freiburg, 1914 wurde er als Reichstagsabgeordneter gewählt, 1918 wurde er bayerischer und kurz darauf als Nachfolger Erzbergers Reichsfinanzminister.

Begründung der Unterschrift durch den neuen Reichskanzler.

Um 9 Uhr gestern Abend trat der Reichstag zusammen. Das Haus war dicht besetzt, die Tribünen bis auf den letzten Platz gefüllt, und in der Diplomatenloge saßen zahlreiche Vertreter der Entente und neutralen Staaten. Der neue Reichskanzler Dr. Wirth nahm mit den Mitgliedern seines Kabinetts am Regierungstisch Platz. Um 9 Uhr eröffnete Präsident Lobe die Sitzung mit folgender Ansprache:
Der Reichstag hat sich versammelt, um eine Entscheidung von unabsehbarer Tragweite zu fällen. Indem ich die Sitzung eröffne, gebe ich dem Wunsch Ausdruck, daß unsere Verhandlungen von dem Ernst getragen sein mögen, den die jetzige Stunde uns allen gebietet. Unter den Eingängen befindet sich die Erklärung der Alliierten vom 5. Mai mit den Reparationsverpflichtungen, ferner das Abkommen zwischen der deutschen Regierung und der russischen sozialistischen Sowjetrepublik über die Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der beiderseitigen Delegationen. Zur Entgegennahme einer Erklärung der neuen Regierung hat das Wort hierzu der Reichskanzler Dr. Wirth.
Reichskanzler Dr. Wirth:
Der Reichspräsident hat mich ersucht, die Kabinettsbildung zu übernehmen, und ich habe geglaubt, in einer so entscheidungsschweren Stunde mich diesem Rufe nicht verlagern zu dürfen. Zu Reichsministern sind durch den Reichspräsidenten ernannt: Reichskanzler Dr. Wirth, der bis auf weiteres auch das Portefeuille des Außenwessens übernimmt, Reichsfinanzminister und Stellvertreter des Reichskanzlers Bauer, Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer, Reichsminister der Justiz Schiffer, Reichsarbeitsminister Dr. Braun, Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Hermes, Reichswehrminister Dr. Gehler, Reichsverkehrsminister Gröner, Reichspostminister Giesberts. Das Reichsfinanzministerium ist vorläufig unbesetzt. Die Ergänzung des Kabinetts soll in Erwägung aller für seine Zusammenfassung wesentlichen Gesichtspunkte unverzüglich in Angriff genommen werden.

Die Aufgabe in dieser schweren Stunde, die Entscheidung des Reichstages über das Ultimatum der alliierten Regierungen herbeizuführen, bitte ich Sie, Ihrer Meinung über Inhalt und Bedeutung des Ultimatums im Hinblick auf den Ablauf der Frist durch entsprechende Entschlüsse zum Ausdruck zu bringen. Es bleibt uns keine andere Möglichkeit als Annahme oder Ablehnung. Das Ja bedeutet, daß wir uns bereit erklären, die schweren finanziellen Lasten, die man Jahr für Jahr von uns fordert, in schwerer Arbeit zu tragen; die Ablehnung aber würde bedeuten die Zwangsablieferung in unserer ganzen Volkswirtschaft. Auch würde sie bedeuten Sklaverei unter Aufsicht feindlicher Bajonette, würde bedeuten die Auslieferung der Grundlagen unserer ganzen

Direktoren und Beamten geflüchtet oder von den Inurgenten von den Posten entfernt worden sind, ist an eine geregelte Arbeit nicht zu denken. An der Strecke Rosenburg-Landsberg haben die Polen bei Jam eine Gleisprellung vorgenommen. Auch Wetzchen ist Montag Abend von den Polen besetzt worden. Die Franzosen haben sich in die Kasernen zurückgezogen.

Artillerie gegen Opatowitz.

Seit Montag ist französische Artillerie an der Demarkationslinie in der Nähe von Opatowitz aufgezogen. Diese Artillerie ist eingestellt für eine Beschießung der nach Opatowitz aus Deutschland kommenden Zufahrtsstraßen.

industriellen Tätigkeit, Verweisung unseres so stark geschwächten Wirtschaftskörpers und Knebelung unseres ganzen Erwerbslebens wären die Folgen. Aber noch ungeheurer könnten sich die Wirkungen auswirken für unsere politische Existenz, für unser Reich. Es steht mehr als Geld und Gut auf dem Spiele. (Sehr richtig!) Es handelt sich um die ganze Zukunft unseres hartgeprüften geliebten Vaterlandes. Das deutsche Volk ist zu den höchsten materiellen Opfern bereit. Die deutsche Regierung nimmt aus diesem Grunde das Ultimatum an. Die Verantwortung, für die weltwirtschaftlichen Folgen des Ultimatums liegt bei der Gegenseite. Nur durch Leistungen können wir unsere Gegner von der Aufrichtigkeit unseres Willens überzeugen und dadurch die Atmosphäre schaffen, in der eine erträgliche Handhabung der Londoner Beschlüsse im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit gesichert wird. Durch die Annahme des Ultimatums befähigen wir die nahe drohende Befreiung des Ruhrgebiets. Die vielfach gedauerte Besorgnis, daß es auf jeden Fall, mögen wir unterzeichnen oder nicht, zum Einmarsch kommen werde, findet in dem Ultimatum seine Stütze. Nach seinem Sinn und Wortlaut bildet die Abstandsnahme von Sanktionen, insbesondere die Nichtbesetzung des Ruhrgebietes, die Grundlage der Annahme des Ultimatums. Daß wir bei dieser schicksalshohen Entscheidung unsere Blicke auch auf Oberschlesien richten, bedarf keiner Begründung. In dieser Hinsicht vertrauen wir fest auf das Ergebnis der Volksabstimmung. Worauf es jetzt ankommt, ist, daß die alliierten Regierungen den von polnischer Seite gemachten Versuch, eine allem Recht widersprechende vollendete Tatsache zu schaffen, nicht dulden werden, daß auf keinen Fall ein polnischer Diktator die wenigen Rechte, die uns der Friedensvertrag gibt, mit Füßen tritt. Dieser Friedensvertrag, aus dem uns gigantische Lasten auferlegt werden, begründet für die alliierten Regierungen heilige Pflichten. Meine Damen und Herren! Die neugebildete Regierung empfiehlt Ihnen nach gewissenhafter Prüfung die Annahme des Ultimatums. (Beifall.)

Die Haltung der Parteien.

Nach dieser Rede des Reichskanzlers wurde sofort in die Aussprache über die Regierungsbildung und das Ultimatum einmündet.

Das Ja der Sozialdemokraten.

Für die Sozialdemokratie gibt Abg. Weis eine Erklärung ab, die besagt: Die politische Verantwortung für Annahme und Ausführung des Ultimatums fällt nach Auffassung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion jenen Parteien zu, die am meisten zur Verdrängerung des Krieges und zur Vermehrung seiner Lasten beigetragen hatten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat daher ihre Teilnahme an einer Regierung besprochen, die durch Annahme des Ultimatums Deutschland vor den unmittelbaren katastrophalen Folgen einer Ablehnung retten und den erblichen Versuch machen will, das uns Auferlegte nach besten Kräften zu erfüllen. Aus diesem Grunde sind wir zur Unterstützung der neuen Regierung bereit. (Beifall.)

Der Zentrumsvorstand.

Abg. Timhorn (Ztr.) gibt namens seiner Partei eine Erklärung ab, in der es heißt: Bei der Abwägung der Gründe für und gegen die Ablehnung haben wir es für wahrscheinlich erachtet, daß das deutsche Reich und das deutsche Volk bei der Annahme der Forderungen der Alliierten in seinem Fortbestande weniger gefährdet seien, wie bei den mit ihrer Ablehnung eintretenden Wirkungen. In der Überzeugung, daß es für die Erhaltung und für die Wiederaufrichtung Deutschlands keinen anderen Weg gibt, als die Unterschrift der Reichsregierung, haben wir uns entschlossen, unsere Zustimmung hierzu durch unser Ja zum Ausdruck zu bringen. Dem Kabinett, das auf der Grundlage der Bereitschaft zur Unterschrift gebildet ist, sprechen wir unser Vertrauen aus. (Beifall im Zentrum.)

Das Nein der Deutschen Volkspartei und der Demissionarier.

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.): Die Fraktion ist einmütig der Auffassung, daß die uns in dem Ultimatum zugewiesenen Leistungen nicht getragen werden können, ohne zum Zusammenbruch zu führen.